



Ready to Vote?

Eine Betrachtung der jüngsten Wählerinnen und Wähler in Österreich

Von Sylvia Kritzinger
Wien, 21. Mai 2014,
ISSN 2305-2635

Handlungsempfehlungen

1. Eine Wahlaltersenkung auf 16 Jahre sollte auch in anderen europäischen Ländern angedacht werden. Sie kann v.a. langfristig sehr positive Effekte bewirken, negative Effekte sind nicht zu befürchten.
2. Begleitende Maßnahmen, die junge Menschen auf das Wählen vorbereiten, sind dabei hilfreich und notwendig. Investitionen in für junge Menschen maßgeschneiderte politische Maßnahmen gilt es zu forcieren.
3. Politik, Medien und Öffentlichkeit sollten der Gruppe der Jung- und ErstwählerInnen besondere Aufmerksamkeit und Politikangebote zukommen lassen.

Zusammenfassung

Österreich ist mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre Vorreiter in Europa. Die Diskussion um „Wählen mit 16“ wurde und wird schon länger geführt. Einerseits gibt es Befürchtungen, dass 16-Jährige noch nicht reif für die Teilnahme an Wahlen seien: Die Wahlbeteiligung könnte weiter sinken, und da junge Wählerinnen und Wähler weniger an Politik interessiert zu sein scheinen, könnten sie auch eher uninformierte Wahlentscheidungen treffen. Andererseits, so die Befürworter, können diese jungen Menschen von begleitenden Maßnahmen in Schulen besser erreicht und somit besser auf Wahlen vorbereitet werden. Langfristig könnte die Wahlbeteiligung damit sogar gesteigert werden. Erste empirische Befunde zur Nationalratswahl 2013 sowie zur Europaparlamentswahl

2009 zeigen, dass die Befürchtungen im Wesentlichen unbegründet sind. Auch wenn die langfristigen Folgen dieser Maßnahme noch nicht abschätzbar sind, gibt es doch Hinweise darauf, dass die Wahlaltersenkung sich auch auf längere Sicht positiv auf die Wahlbeteiligung und das politische Interesse der davon Betroffenen auswirkt. Die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre sollte auf Basis dieser Erfahrungen auch in anderen europäischen Staaten bzw. auf europäischer Ebene angedacht werden. Wichtig für den Erfolg einer solchen Änderung sind begleitende Maßnahmen und besondere Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit für die Gruppe der jungen Erstwähler und -wählerinnen.



Ready to Vote?

Eine Betrachtung der jüngsten Wählerinnen und Wähler in Österreich

Jungwählerinnen und Jungwähler in Österreich: die Debatte

2007 wurde in Österreich das Wahlalter für die Teilnahme an nationalen Wahlen auf 16 Jahre gesenkt. Mit dieser Reform nimmt Österreich europaweit eine Vorreiterstellung ein: es ist nach wie vor das einzige Land in der EU, welches die Teilnahme an Wahlen ab 16 Jahren vorsieht. Die Reform hat dazu geführt, dass der jüngsten WählerInnengruppe seitens Politik, Medien und Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde und wird.

Zu Wahlaltersenkungen werden von verschiedensten Seiten Befürchtungen und Hoffnungen geäußert: Die Kritiker und Kritikerinnen der Wahlaltersenkung thematisieren die mangelnde Reife von 16- und 17-Jährigen, welche sich auch in mangelndem politischen Interesse und geringerem politischen Wissen manifestiert. Eine mögliche Folge davon sei, dass diese WählerInnengruppe eine geringere Wahlbeteiligung aufweist und keine informierte Wahlentscheidung treffen kann (Chan und Clayton, 2006).

Demgegenüber stehen die Befürworter, die das frühzeitige Einbinden junger Menschen in den politischen Prozess als wichtigen Schritt der politischen Sozialisation begreifen. Junge Menschen im Alter von 16 und 17 Jahren leben vergleichsweise häufig noch in ihrem Elternhaus, besuchen mit größerer Wahrscheinlichkeit eine Bildungseinrichtung (Schule oder Berufsschule) und können aufgrund dieses Umfelds besser auf Wahlen und ihre Wichtigkeit in demokratischen Systemen vorbereitet werden. Das „Erlernen“ der politischen Spielregeln kann politisches Interesse entfachen und politisches Wissen fördern, was sich wiederum positiv auf die politische Teilhabe und insbesondere die Wahlbeteiligung auswirken sollte (Franklin, 2004; Bhatti und Hansen, 2010). Folglich fördert die frühzeitige Einbindung bei jungen Wählerinnen und Wählern die Entwicklung eines „Wahlhabitus“ (vgl.

Plutzer, 2002), welcher langfristig der sinkenden Wahlbeteiligung entgegenwirken könnte. Positiv wird auch angeführt, dass durch eine Wahlaltersenkung die Interessen junger Menschen besser repräsentiert werden (Votes at 16, 2008).

Die bisherigen Ergebnisse: (anfänglich) positiv bis hin zu (eher) durchwachsen?

Mittlerweile durften die 16- und 17-Jährigen in Österreich bereits bei verschiedenen Landtagswahlen, Nationalratswahlen (2008 und 2013) sowie den letzten Europaparlamentswahlen (2009) wählen. Im Rahmen von verschiedenen Studien zu den EP-Wahlen 2009 und der Nationalratswahl 2013, die am Fakultätszentrum für Methoden der Sozialwissenschaften an der Universität Wien durchgeführt wurden, konnten erste konkrete empirische Erkenntnisse gewonnen werden.

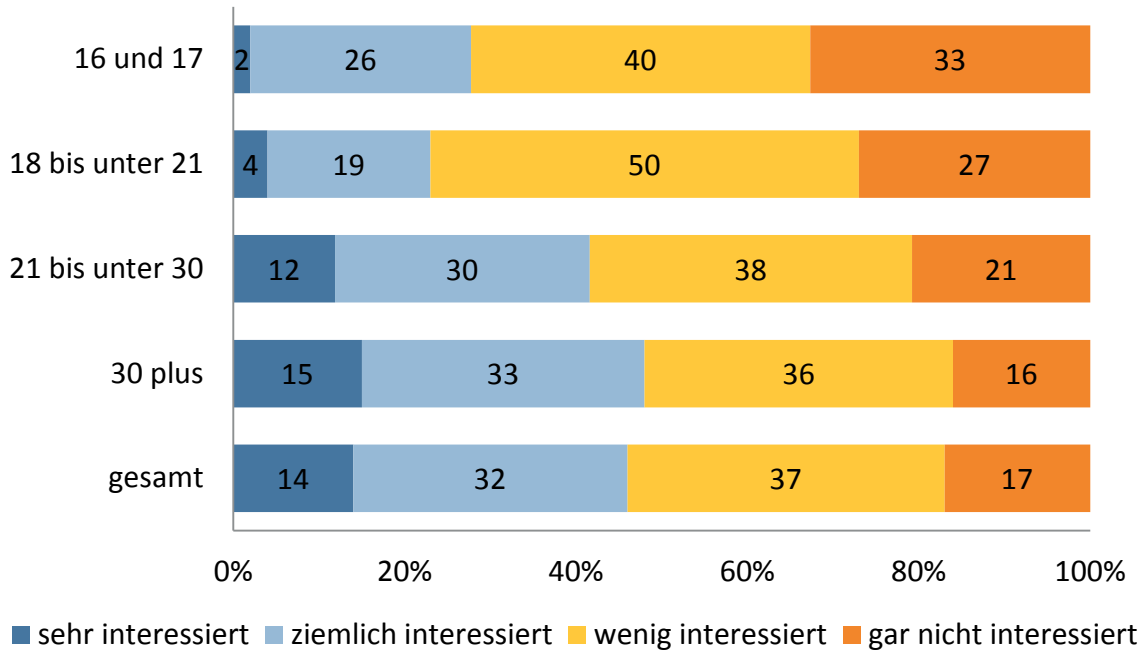
Politisches Interesse und Wissen von JungwählerInnen

Analysen der EP-Wahl 2009 zeigen, dass Jungwählerinnen und -wähler durchaus über ein ähnlich starkes politisches Interesse verfügen wie ältere Wählerinnen und Wähler. Mangelndes politisches Interesse kann der jüngsten Wählergruppe somit nicht attestiert werden (Wagner et al., 2012). Dies ist in Einklang mit einer Untersuchung von Zeglovits und Zandonella (2013), die darauf hindeutet, dass das politische Interesse der jüngsten WählerInnengruppe nach der Wahlaltersenkung gestiegen ist.

Bei der Nationalratswahl 2013 zeigt sich hingegen ein differenzierteres Bild: Das politische Interesse der Jungen liegt klar unter jenem der älteren Wählergruppen (siehe Abbildung 1). Es gibt jedoch interessanterweise keinen nennenswerten Unterschied zwischen den 16- bis 17-Jährigen und den 18- bis 21-Jährigen – also jenen, die ungeachtet der Wahlaltersenkung sowieso an Wahlen

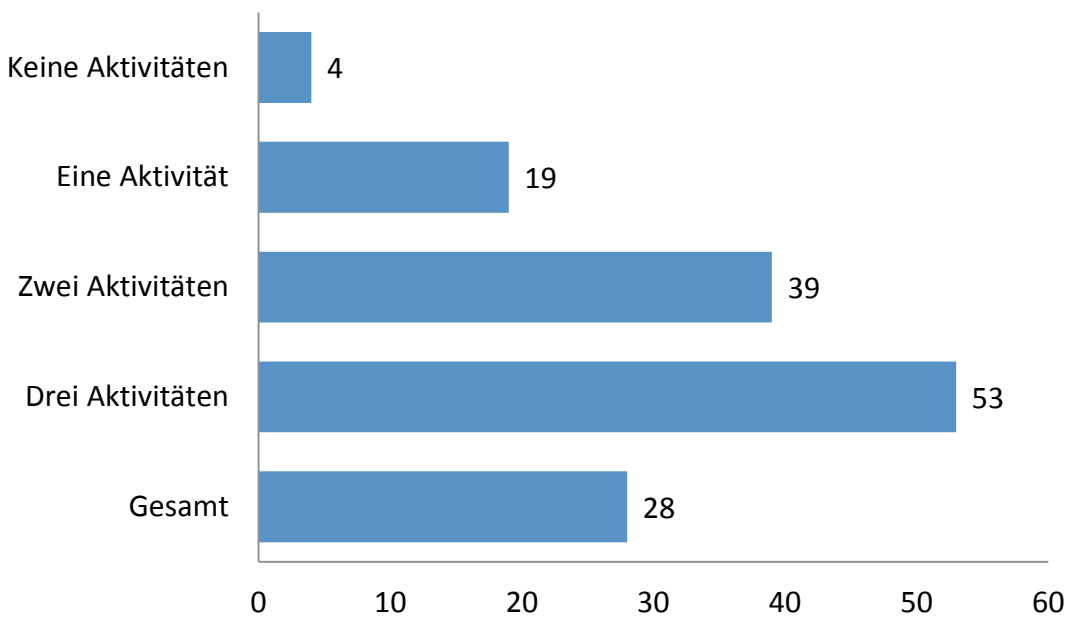


Abbildung 1: Politisches Interesse (vor der NRW 2013, nach Altersgruppen)



Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=3.266 Befragte in AUTNES-Vorwählerhebung (Kritzinger et al. 2013a)

Abbildung 2: Anteil der Jugendlichen, die sich als „sehr“ oder „ziemlich“ an Politik interessiert bezeichnen, nach Anzahl der Aktivitäten (vor der NRW 2013)



Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=225 SchülerInnen und Lehrlinge aus der AUTNES-Vorwählerhebung (Kritzinger et al., 2013a), Unterschiede statistisch signifikant



hätten teilnehmen dürfen (Kritzinger et al., 2013b; Glantschnigg et al., 2013). Es scheint, als ob die jüngsten WählerInnengruppen nach „erfolgreicher“ Umsetzung der Wahlaltersenkung wieder aus dem Blickfeld der Politik und ihrer Maßnahmen (z.B. gezielte Kampagnen) verschwunden sind.

Wie wichtig jedoch begleitende Vorbereitungsmaßnahmen zum „Erlernen“ von Politik sind, zeigen weitere Ergebnisse zur Nationalratswahl 2013 (siehe Abbildung 2). Jene Wählerinnen und Wähler, die schulischen Maßnahmen ausgesetzt waren, wiesen ein höheres politisches Interesse auf (Kritzinger et al., 2013b). Die durchgeführten Maßnahmen scheinen also durchaus den gewünschten positiven Effekt auf Jungwählerinnen und -wähler zu haben und sollten somit fortgesetzt werden.

Neben politischem Interesse wurde auch immer wieder das politische Wissen der jüngsten Alterskohorte herangezogen, um zu überprüfen, ob eine Wahlaltersenkung sinnvoll ist. Für Österreich sind die Ergebnisse diesbezüglich durchwachsen: Jung-

wählerinnen und -wähler verfügten sowohl 2009 als auch 2013 über weniger politisches Wissen als die älteren Wahlkohorten. Auch ein Wissenszuwachs während des Wahlkampfs 2013 konnte nicht beobachtet werden (Kritzinger et al., 2013b). Für das Treffen von informierten Wahlentscheidungen könnte dies durchaus problematisch sein (vgl. jedoch die Ausführungen weiter unten).

Einstellungen zur Europäischen Integration

Beteiligung am politischen Geschehen steht auch in Zusammenhang mit Einstellungen zur Ebene des politischen Systems. Dies ist vor allem in Bezug auf die Europäische Union von Wichtigkeit, da sich die EU-Bürgerinnen und Bürger seit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 nicht in demselben Ausmaß daran beteiligen wie sie es bei nationalen Wahlen tun (vgl. Reif und Schmitt, 1980). Für die jüngeren Altersgruppen lässt sich festhalten, dass diese im Jahr 2009 die europäische Integration deutlich positiver beurteilen als die älteren (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3: Einstellungen zur europäischen Einigung nach Altersgruppen (vor EP-Wahl 2009)

Antwortmöglichkeiten	Alter			
	16-25	26-44	45-59	60+
Befragte in %				
1 bereits zu weit gegangen	14,3	13,9	24,3	20,8
2	18,3	17,2	22,0	27,1
3	35,7	32,4	36,2	32,1
4	23,8	25,0	10,2	13,6
5 weiter voran treiben	7,9	11,5	7,3	6,3
Total	100	100	100	100

Anmerkungen: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=805 Befragte in EP-Vorwahlbefragung (Kritzinger und Heinrich, 2009) Aufsteigende Skala von 1-5, wobei 1 bedeutet, dass die europäische Einigung bereits zu weit gegangen ist, und 5, dass die europäische Einigung weiter vorangetrieben werden sollte. Die Respondentinnen und Respondent konnten zwischen diesen beiden Polen abstufen (ohne Legendenbezeichnung).

Integrationsskeptiker finden sich vor allem unter Älteren und formal niedrig Gebildeten. Jüngere und höher Gebildete befürworten dagegen die europäische Integration vergleichsweise stark. Und gerade auch junge Frauen sind es, die der europäischen Einigung Positives abgewinnen können (Kritzinger et al., 2009).

Interessanterweise besteht zwischen verschiedenen Altersgruppen kein Unterschied in Bezug auf die Informiertheit über die EU: Es sind keine eindeutigen Muster zwischen den Altersgruppen erkennbar (siehe Abbildung 4).



Abbildung 4: Informiertheit über die EU (nach Altersgruppen, vor EP-Wahl 2009)

Antwortmöglichkeiten	Alter			
	16-25	26-44	45-59	60+
Befragte in %				
sehr gut informiert	3,1	4,5	2,2	5,3
gut informiert	36,2	44,4	29,7	41,7
schlecht informiert	42,5	39,5	48,9	28,9
sehr schlecht informiert	18,1	11,5	19,2	24,1
Total	100	100	100	100

Anmerkungen: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=805 Befragte in EP-Vorwahlbefragung (Kritzinger und Heinrich, 2009)

Im Hinblick auf das Interesse am EU-Wahlkampf lassen sich jedoch klare Altersunterschiede erkennen: Während ältere Kohorten grundsätzlich größer

res Interesse für den laufenden EU-Wahlkampf aufwiesen, hielt sich das Interesse der jüngsten Kohorte 2009 diesbezüglich in Grenzen (siehe Abbildung 5).

Abbildung 5: Interesse am EU-Wahlkampf (nach Altersgruppen, vor EP-Wahl 2009)

Antwortmöglichkeiten	Alter			
	16-25	26-44	45-59	60+
Befragte in %				
sehr interessiert	6,8	7,7	13,7	18,9
ziemlich interessiert	22,6	30,9	25,8	30,9
wenig interessiert	43,6	43,1	38,4	32,2
gar nicht interessiert	27,1	18,3	22,1	18,0
Total	100	100	100	100

Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=805 Befragte in EP-Vorwahlbefragung (Kritzinger und Heinrich, 2009).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Jungwählerinnen und -wähler der Europäischen Integration im Durchschnitt positiver ge-

genüberstehen, sich dies aber nicht in ihrem generellen Interesse an und Wissen über die EU niederschlägt.



Auswirkungen auf Wahlbeteiligung und ihre Entwicklung

Der Grund wieso die Entwicklung der Wahlbeteiligung genau beobachtet wird, liegt im Allgemeinen darin, dass politische Partizipation als ein grundsätzlicher Indikator für den Status Quo der „Gesundheit“ einer Demokratie erachtet wird (vgl. Franklin, 2004). Weiters wird davon ausgegangen, dass eine niedrige Wahlbeteiligung negative Auswirkungen auf die Repräsentation der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen haben kann: Bestimmte Gruppen werden weniger gut repräsentiert und politische Entscheidungen zu Ungunsten der schlechter repräsentierten Bevölkerungsgruppen sind die Folge (vgl. Wattenberg, 2002).

Betrachtet man nun die Wahlbeteiligung der unter 21-jährigen Wählerinnen und Wähler, so lässt sich bereits für 2009 feststellen, dass diese unter dem Niveau der älteren WählerInnengruppen liegt. Innerhalb der Gruppe der unter 21-Jährigen finden sich jedoch nur marginale Unterschiede. D.h. Jüngere gehen in der Tat seltener zu Wahl, es macht jedoch keinen Unterschied, ob sie bereits 18 Jahre alt sind oder nicht (Wagner et al., 2012).

Bei der Nationalratswahl 2013 lässt sich ein sehr ähnliches Bild beobachten. Auch hier nehmen die Erstwählerinnen und -wähler seltener an der Wahl teil. Und auch hier präsentieren sich die unter 21-Jährigen mit Blick auf die Wahlbeteiligung vergleichsweise homogen. Auffallend ist jedoch, dass jene Wählerinnen und Wähler, die über hohes politisches Interesse verfügen und ihr politisches Wissen als hoch einstufen, sehr wohl signifikant öfter zur Wahlurne schreiten, als es die desinteressierten Jungwählerinnen und -wähler tun. Maßnahmen, die dazu beitragen, das politische Interesse und subjektive Wissen zu steigern, können somit durchaus einen positiven Effekt auf die Wahlteilnahmewahrscheinlichkeit haben. Eine Aufgabe wird es daher sein, diese Alterskohorte mit Politikangeboten in verschiedensten Formen zu versorgen und ihnen so Politik nahezubringen (Kritzinger et al., 2013b).

Die Qualität der Wahlentscheidung

Die politische Reife der Jungwählerinnen und -wähler lässt sich auch anhand der Qualität ihrer Wahlentscheidungen bewerten: Sind Jungwählerinnen und -wähler in der Lage, jene Partei zu wählen, die sie auch am besten repräsentiert? Angesichts des niedrigeren politischen Wissensstands ist dies durchaus eine berechtigte Frage. Jedoch haben bereits die Analysen der EP-Wahl 2009 gezeigt, dass die jüngste Alterskohorte sehr wohl in der Lage ist, jene Partei zu identifizieren und zu wählen, die mit ihren ideologischen Positionen am ehesten übereinstimmt (Wagner et al., 2012). Das gilt insbesondere in Bezug auf Positionen gegenüber der Europäischen Integration. Bedenken, dass junge Menschen qualitativ schlechtere Wahlentscheidungen treffen, konnten somit entkräftet werden.

Ähnliches gilt für die Nationalratswahl 2013 (Glantschnigg et al., 2013). Aus diesem Blickwinkel sind mit der Wahlaltersenkung nicht die negative Konsequenzen für die Qualität der Demokratie eingetreten, die von Kritikern und Kritikerinnen der Wahlaltersenkung befürchtet wurden. Vielmehr sind die Jungwählerinnen und -wähler in der Lage, jene Partei zu identifizieren, die ihre Meinungen und Ansichten am besten widerspiegelt. Wie sie trotz ihres teilweise geringeren politischen Interesses und Wissens zu qualitativ hochwertigen Wahlentscheidungen gelangen konnten, ist in weiterführenden Untersuchungen zu klären.

Wie bewerten? Was tun?

Die bisherigen Ergebnisse zu Jungwählerinnen und -wählern in Österreich können durchaus als positiv bezeichnet werden. Auch wenn die jüngste Alterskohorte 2013 weniger im Fokus von Politik, Medien und Öffentlichkeit stand als dies noch 2008 und 2009 der Fall war, kann dennoch festgehalten werden, dass die Befürchtungen über die Wahlaltersenkung nicht eingetreten sind. Aussagen über die langfristigen Folgen dieser Reform können zur Zeit noch nicht getätigt werden. Erste Ergebnisse weisen jedoch darauf hin, dass Wählerinnen und Wähler, die bereits mit 16 und 17 an Wahlen teilnehmen durften, eine im Vergleich zu älteren (18- bis 21-jährigen) Erstwählerinnen und -wählern



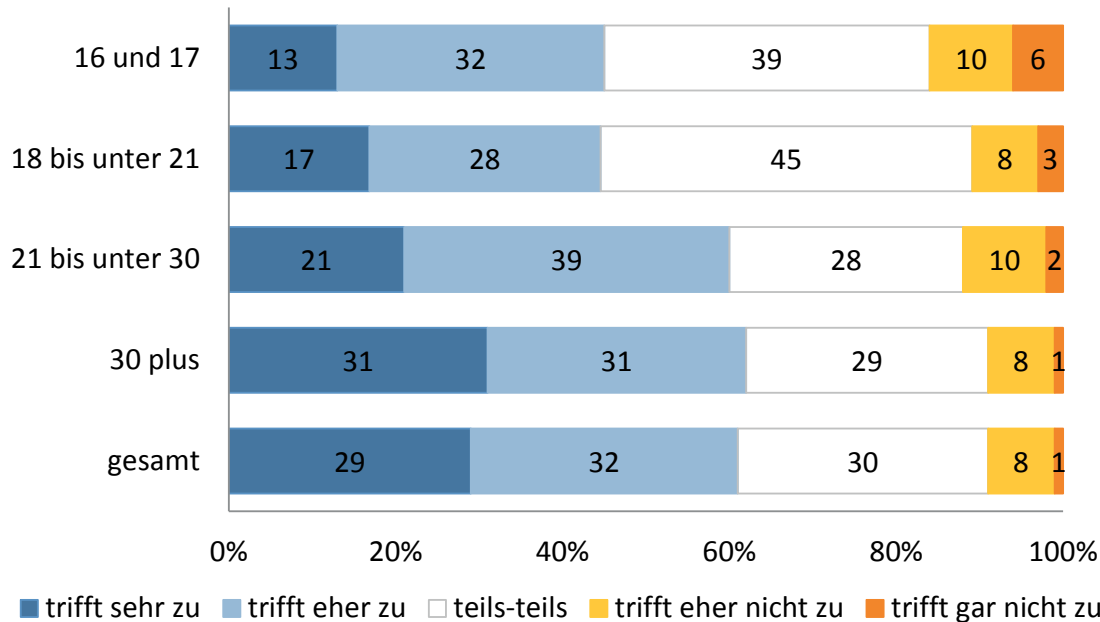
größere Wahrscheinlichkeit besitzen, auch an folgenden Wahlen teilzunehmen (Zeglovits und Aichholzer, im Erscheinen): Die Vorbereitungsmaßnahmen durch Schule und Elternhaus scheinen über eine konkrete Wahl hinaus langfristiger zu wirken.

Diese österreichischen Erfahrungen sollten auch in anderen europäischen Ländern Mut machen, über die Senkung des Wahlalters nachzudenken. Dies gilt für Wahlen auf nationaler Ebene, aber natürlich auch und vielleicht sogar besonders für die europaweiten Wahlen zum Europäischen Parlament. Obwohl junge Menschen der Europäischen Union eher positiv gegenüber stehen, haben auch sie nur geringes Interesse an und Wissen über die EU. Hier könnten eine Wahlaltersenkung – und begleitende Maßnahmen dazu – auf fruchtbaren

Boden fallen und das Interesse an der EU und das Wissen über sie auf längere Sicht heben.

Wichtig scheint in jedem Fall zu sein, dass die Senkung des Wahlalters von Maßnahmen flankiert wird. Auch wenn die erste Euphorie über die Wahlaltersenkung verfliegen ist, sollten junge Wählerinnen und Wähler von der Öffentlichkeit nicht aus den Augen verloren werden. Die Investition in politische Maßnahmen, die für diese Gruppe von Wahlberechtigten maßgeschneidert werden, wirken sich positiv aus und sollten in Zukunft auch nicht vernachlässigt werden. Auch zeigt sich, dass die 16- und 17-Jährigen durchaus an ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten glauben: Sie sind viel eher davon überzeugt, dass die politischen Akteure auf ihre Anliegen reagieren, als dies bei den älteren Wählerinnen und Wählern der Fall ist (siehe Abbildung 6).

Abbildung 6: „Politiker kümmern sich nicht um das, was Leute wie ich denken“ (nach Altersgruppen, vor der NRW 2013)



Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=3.266 Befragte der AUTNES Vorwahlstudie 2013 (Kritzinger et al., 2013a)

Dieser positive Zugang soll Ansporn für eine weitere intensive Auseinandersetzung mit den Jungwählerinnen und -wählern sein. Vor allem im Hinblick auf die anstehenden Europäischen Parlamentswahlen und die Tatsache, dass diese Gruppe von

Bürgerinnen und Bürgern das zukünftige Europa gestalten und leben werden, scheint eine besondere Fokussierung der Politik auf die 16- und 17-Jährigen nicht nur wünschenswert, sondern auch besonders lohnenswert zu sein.



Literaturverzeichnis

- Bhatti, Y. und Kaspar M. Hansen (2010) *'How Turnout Will Decline as the Western Population Grows Older'*. Paperpräsentation bei den ECPR Joint Sessions of Workshops, Münster, Deutschland.
- Chan, T.W. und M. Clayton (2006) *Should the Voting Age be Lowered to Sixteen? Normative and Empirical Considerations*. *Political Studies* 54: 533–558.
- Franklin, Mark N. (2004) *Voter turnout and the dynamics of electoral competition in established democracies since 1945*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Glantschnigg, Christian, David Johann und Eva Zeglovits (2013) *'Are 16 and 17 year olds ready to vote? Correct Voting in the Austrian Federal Election 2013'*. Papierpräsentation bei der ECPR General Conference, Bordeaux, Frankreich.
- Kritzinger, Sylvia und Hans-Georg Heinrich (2009) *European Parliament Election 2009 – Pre-Election Study*, Wien: Universität Wien.
- Kritzinger, Sylvia, David Johann und Therese Kaiser (2009) *Endbericht: European Parliament Election – Pre-Election Study*. Wien: Universität Wien.
- Kritzinger, Sylvia, Eva Zeglovits, Julian Aichholzer, Christian Glantschnigg, Konstantin Glinitzer, David Johann, Kathrin Thomas und Markus Wagner (2013a) *AUTNES Pre- and Post-Election Survey 2013. Version 1.0*. Dezember 2013, (www.autnes.at).
- Kritzinger, Sylvia, Eva Zeglovits, Julian Aichholzer, Christian Glantschnigg, Konstantin Glinitzer, David Johann, Kathrin Thomas und Markus Wagner (2014) *AUTNES Vor- und Nachwahlstudie zur österreichischen Nationalratswahl 2013 - Dokumentation*. Wien: Universität Wien.
- Kritzinger, Sylvia, Eva Zeglovits und Patricia Oberluggauer (2013b) *Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl 2013*. Vienna: University of Vienna.
- Plutzer, Eric (2002) *'Becoming a Habitual Voter: Inertia, Resources, and Growth in Young Adulthood'*. *American Political Science Review* 96: 41-56.
- Reif Karlheinz und Hermann Schmitt (1980) *'Nine Second- Order National Elections—a Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results'*. *European Journal of Political Research* 8: 3-44.
- Votes at 16 (2008) *16 for 16: 16 Reasons for Votes at 16*, available at: <http://www.electoral-reform.org.uk/downloads/16for16.pdf>.
- Wagner, Markus, David Johann und Sylvia Kritzinger (2012) *'Voting at 16: Turnout and the Quality of Vote Choice'*. *Electoral Studies* 31: 372-383.
- Wattenberg, Martin P. (2008) *Is Voting for Young People? With a Postscript on Citizen Engagement*. New York: Pearson Longman.
- Zeglovits, Eva und Julian Aichholzer (im Erscheinen) *'Are people more inclined to vote at 16 than at 18? Evidence for the first-time voting boost among 16- to 25-year-olds in Austria'*. *Journal of Elections, Public Opinion & Parties*.
- Zeglovits, Eva und Martin Zandonella (2013) *'Political interest of adolescents before and after lowering the voting age: the case of Austria'*. *Journal of Youth Studies* 16: 1084-1104.



Über den Autor

Sylvia Kritzinger ist Professorin für Quantitative Methoden der Sozialwissenschaften und Leiterin des Fakultätszentrums für Methoden der Sozialwissenschaften an der Universität Wien. Sie ist Projektleiterin des Projektteams „Wahlverhalten“ der Österreichischen Nationalen Wahlstudie AUTNES. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen der Wahl-, Partizipations- und politischen Repräsentationsforschung, sowie der quantitativen Methoden der Sozialwissenschaften.

Kontakt: sylvia.kritzinger@univie.ac.at

Über die ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein auf sozialpartnerschaftlicher Basis. Sie informiert über die europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung im Bezug auf die Förderung einer europäischen Debatte und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen.

ISSN 2305-2635

Die Ansichten, die in dieser Publikation zum Ausdruck kommen, stimmen nicht unbedingt mit jenen der ÖGfE oder jenen, der Organisation, für die der Autor arbeitet, überein.

Zitation

Kritzinger, S. (2014). *Ready to Vote? Eine Betrachtung der jüngsten Wählerinnen und Wähler in Österreich*. Wien. ÖGfE Policy Brief, 11'2014

Impressum

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
Rotenhausgasse 6/8-9
A-1090 Wien, Österreich

Generalsekretär: Mag. Paul Schmidt
Verantwortlich: Dipl. KW Marion Obermayr (MA)

Tel.: +43 1 533 4999
Fax: +43 1 533 4999 – 40
E-Mail: policybriefs@oegfe.at
Web: <http://oegfe.at/policybriefs>